

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 64 (1970)
Heft: 12

Artikel: Gunnar Myrdal glaubt, ein besseres Amerika werde sich durchsetzen
Autor: P.F.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141814>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

man am besten so, dass man ihnen etwas zu verlieren gibt. Einen palästinensischen Staat an der Seite eines jüdischen zu schaffen, hiesse Gerechtigkeit an die Stelle des Zionismus setzen.

Die Menschen sind moralische Wesen, und den Terroristen ihre moralische Rechtfertigung zu nehmen, ist das einzige Mittel, um dem Terror beizukommen, der sich jetzt über die Erde breitet. Eine Gesellschaft lebt aus Gewohnheit und Zustimmung, und wenn diese zusammenbrechen, ist sie hilflos. Die Polizei ist wirksam nur, wenn es sich um periphere Dinge handelt. Wenn auch nur eine kleine Minderheit ihre Regeln nicht mehr anerkennen will, wird die Aufgabe für Gesetz und Ordnungskräfte unlösbar.

Das trifft besonders zu, wenn der Terror ohne festen Sitz und ohne greifbare Organisation ist; dann ist er wie die Hydra der Fabel, der zwei Köpfe nachwachsen, wenn man einen abschlug.

Wenn uns ein Wunder eine neue Regierung im Weissen Hause bescherte, wenn diese Regierung die Übel ihres Landes erkennte und bereit wäre, sich ihrer ernsthaft anzunehmen, könnten wir nicht nur die Massen der Schwarzen, der Jugend und anderer Gruppen von den Desperados trennen, sondern die Desperados selbst der moralischen Rechtfertigung berauben, die jetzt ihr Halt ist.

Ich denke mir ein Amerika mit einem neuen Roosevelt, mit einem Präsidenten, der sagte – und uns glauben machte, dass es sein Ernst sei –: «Wir wollen uns auf einen 10jährigen Kreuzzug machen, um Rassentrennung, Analphabetismus, Umweltverwüstung, städtische Ghettos und den Krieg auszutilgen. Um das zu tun, werden wir uns aus Vietnam zurückziehen und unseren Militarismus bis auf die Knochen beschneiden. Kommt und helft, ein neues Amerika zu bauen.»

Was könnten wir tun mit dem Eifer, der heute unsere beste Jugend treibt, nicht zu bauen – leider! –, sondern zu zerstören!

übersetzt von K. Struve

Gunnar Myrdal glaubt, ein besseres Amerika werde sich durchsetzen

Gunnar Myrdal, der berühmte schwedische Wirtschaftswissenschaftler und Soziologe, dessen Untersuchung über die Negerfrage in Amerika immer noch das Standardwerk auf diesem Gebiet darstellt, hielt im November dieses Jahres (siehe «Time», 23. November 1970) eine Rede vor der Studentenschaft der Universität Georgia, die erste Ansprache, die er seit dem Erscheinen seines grossen Werkes (The American Dilemma, 1944) im Süden der USA hielt.

Myrdal sieht, auf Grund der durch Gesetze schon erreichten sozialen Besserstellung der Schwarzen, mehr Hoffnung für die Zukunft der amerikanischen Gesellschaft als I. F. Stone.

Die Universität von Georgia zum Beispiel lehnt die Farbenschranke ab, (desegregated) noch entschiedener, sagt Myrdal, als gewisse Hochschulen im Norden. Wie Martin Luther King weist er mit allem Nachdruck auf die unerlässliche Zusammenarbeit der Rassen hin, wenn das Ziel, eine egalitäre Gesellschaft, erreicht werden soll.

Obwohl Amerika, wie Myrdal zugibt, heute in einer schlimmeren Krise steckt als zur Zeit des Sezessionskrieges (1861–63), glaubt er, dass das Land sich aus diesem Tiefstand wieder erheben werde. Die puritanische Tradition Amerikas sei zwar nicht in jeder Beziehung attraktiv; durch die Selbstgerechtigkeit und Überheblichkeit, die ihr eigentlich sind, habe sie Amerika zu Zeiten sehr verhasst gemacht in der Welt. Anderseits enthält diese selbe puritanische Tradition auch die Möglichkeit der Bekehrung oder – weltlicher ausgedrückt – radikaler Umstellungen, von denen Amerika viele erlebt hat. Myrdal glaubt sogar, dass eine solche «Bekehrung» auch in der Rassenfrage möglich ist.

Aus dem gleichen Grunde, das heisst aus seinem Vertrauen auf die puritanische oder auch liberale Tradition Amerikas ist Myrdal überzeugt, dass die Amerikaner sich nicht mit einem Faschismus abfinden könnten – «er würde sich nicht vertragen mit ihrer Seelenruhe».

Zu dieser letzten Behauptung Myrdals muss man doch wohl ein grosses Fragezeichen machen. Es sind nicht wenige weitblickende Amerikaner, die sich fragen, warum die heutige brutale Unterdrückung ertragen wird, und ob sie nicht zu offenem Faschismus führen muss. Da ist zunächst zu sagen, dass die heutigen polizeilichen Übergriffe mit der zustimmenden Reaktion einer weiten Öffentlichkeit als Folge der zunehmenden Welle von Raub, Mord und Vergewaltigungen rechnen können. Die sich verschärfende Gesetzgebung und Polizeibrutalität werden nicht fertig werden mit den Gewaltverbrechen, sie sind auch nicht in erster Linie dagegen gerichtet. Eine gerissene Propaganda bringt verbrecherische Gewalttaten in Verbindung mit Forderungen nach politischen Veränderungen, sie weist auf die heftigen Ausdrücke und vereinzelte Gewaltakte von Schwarzen hin, die Gerechtigkeit fordern oder Studenten, die gegen Vietnam protestieren. Es gibt zu viele Amerikaner, die sehr wenig wissen von den wirklichen Problemen des Landes – Hunger, Entbehrung und die Demütigungen, die das Los der unter dem Existenzminimum Lebenden ausmachen. Die wohlsituierten Leute sehen ihr Leben bedroht durch Verbrechen der Strasse und die Sicherheit des Landes durch eine kommunistische Verschwörung. Der gesellschaftliche Aufbau, dem sie ihren Reichtum und ihre Sicherheit verdanken, wird von Schwarzen, Mexikanern und Studenten bedroht, die die Machtverhältnisse des Staates angreifen. Diese Gruppen erleichtern es den Machthabern, den Unwillen der Öffentlichkeit auf solche leicht zu erkennenden Leute als Sündenböcke zu lenken.

Typisch ist die weit verbreitete Rede der Senatorin Margaret Chase

Smith (siehe «Pax et Libertas», Okt.-Dez. Nummer) vom Juni dieses Jahres, die erklärte, wenn das amerikanische Volk zu wählen habe zwischen Anarchie und Unterdrückung, so werde es, wenn auch widerwillig die Unterdrückung vorziehen. Es ist natürlich verhängnisvoll, wenn eine bekannte Persönlichkeit wie diese Senatorin die Forderung staatlicher Reformen mit Anarchie gleichsetzt; es liegt dies aber ganz auf der Linie der heutigen Public-relations-Technik der USA-Regierung.

Gefahr droht auch von anderer Seite. Wir möchten an dieser Stelle besonders auf einen Artikel in der «Stimme der Gemeinde» vom 15. Oktober 1970 hinweisen (Joachim Joesten), der in dieser Beziehung aufschlussreich ist. Im konservativen Finanzblatt «The Wall-Street Journal» konnte man am 24. April 1970 lesen: «Es gelingt den Nixon-Leuten nicht recht, ein Gerücht aus der Welt zu schaffen, nämlich dass man sich in der Rand Corporation mit dem Gedanken beschäftigt, die Wahlen von 1972 ausfallen zu lassen, wenn radikale Gruppen mit Störungen drohen.» Die «Stimme der Gemeinde» fährt fort: «Nixon hat sich mit dem Befehl zum Kambodscha-Krieg zynisch über die Verfassung hinweggesetzt. Warum sollte er sich nicht ganz über sie hinwegsetzen und sich zum Diktator aufschwingen? An Anzeichen dafür werden erwähnt: ein ausgedehntes und lückenloses Nachrichten- und Beobachtungssystem, schwarze Listen der Armee, bereitstehende Konzentrationslager (detention camps), die vorläufig der Inhaftierung von Mitgliedern der Black Panther-Bewegung dienen.

«Im Falle eines Militärputsches, ganz gleich ob dieser darauf abzielt, Nixon zum ‚permanenten Präsidenten‘ zu machen, oder die Macht nach südamerikanischem Muster ganz in die Hände von Generälen zu legen, dürften sich diese Lager schnell füllen.»

Zur Zeit Präsident Roosevelts erschien in Amerika ein Buch, das auf die Hitler-Diktatur Bezug nahm und den Titel trug: «It can't happen here.» (So etwas kann hier nicht passieren). Das stimmte damals, heute nicht mehr. Wie das amerikanische Volk darauf reagieren würde, steht noch nicht fest.

Man kann sagen, dass Versuche in der Vergangenheit, die dahin zielten, das amerikanische Volk zu versklaven, immer wieder zunichte gemacht wurden. Neben der Furcht vor Anarchie ist auch ein heilsames Misstrauen den Regierenden gegenüber festzustellen. Man denke nur an den langen Kampf der Arbeiter um das Recht, sich zu organisieren – oder man erinnere sich des Joseph Mc Carthy der 50er Jahre, der schliesslich als Demagogue entlarvt wurde und verschwinden musste.

Wie Naomi Marcus in ihrem Artikel in «Pax et Libertas» schreibt: «Faschismus kann in USA nur kommen, wenn die Linke von der Regierung zusammengeschlagen wird oder sich durch innere Fehden selbst zerstört. Die ungeheure Zahl von Gruppen, die heute in Bewegung geraten sind, machen die erste Alternative unwahrscheinlich.

Schon aus Gründen der Selbsterhaltung kann die Regierung mit politischer Unterdrückung so weit gehen und nicht weiter. Die zweite Möglichkeit – Selbstzerstörung der Linken – ist von grösserer Gefahr. Ideologischer Streit und terroristische Gewalttaten könnten erreichen, was die Regierung allein nicht fertig brächte.»

P. F.

China im Rampenlicht der Weltöffentlichkeit

An der am 15. November in Zürich durchgeführten Herbsttagung der Religiös-sozialen Vereinigung sprach Frau Lisa Niebank aus Hamburg über ihre *Eindrücke und Erfahrungen als Lehrerin in der Volksrepublik China*, wo sie von Mitte 1965 bis Ende 1969 in Peking als Dozentin für Deutsch und später als Beraterin in einem Übersetzerteam an einer Hochschule von tausend Studenten tätig war. In seinen einleitenden Worten verwies der Vorsitzende, Pfarrer Willi Kobe, auf Aspekte des alten China in Verbindung mit der heutigen Volksrepublik, was einen adäquaten Rahmen zum anschliessenden Referat ergab. Die Aussage der Referentin stützte sich ausschliesslich auf Erlebtes, Gehörtes, Gesehenes. Sie fesselte die Zuhörer des übervollen Saales – darunter viele junge Leute – durch ihre klar formulierten Ausführungen und schöne Diktion vom ersten bis zum letzten Wort. Einige Gedanken-gänge aus dem Gehörten und der sich anschliessenden Diskussion seien hier wiedergegeben.

Der Leser weiss, wieviel Widersprüchliches über die Volksrepublik China durch die Presse in den vergangenen zwei Jahrzehnten verbreitet worden ist. Abgesehen von den bewussten Falschmeldungen, die zum Einreiseverbot ausländischer Korrespondenten führte, entstanden die unrichtigen Darstellungen über das mannigfaltige Geschehen in China vor allem, weil die Berichterstatter europäische Massstäbe bei der Beurteilung der Vorgänge angelegt hatten. Bei den Umwälzungen in China hat man sich vor Augen zu halten, dass es sich um das Erwachen, das Mündigwerden eines alten Kulturvolkes handelt, wobei das gegenwärtige und das werdende Geschehen, ohne Kenntnis des vergangenen, nicht begriffen werden kann. Im gesamten vor sich gehenden Aufbauwerk wird das Neue sinnvoll mit dem Alten verbunden (zum Beispiel knüpft die intensive Entwicklung von Kleinbetrieben an das traditionelle Handwerk an, dessen Produkte schon im alten China hervorragende Leistungen waren). Gleichzeitig wird in allem Tun und Planen der Akzent auf die Zukunft gesetzt. Die umwälzenden, gleichzeitig in Angriff genommenen Reformen im chinesischen Aufbauwerk umfassen alle Lebensbereiche: Modernisierung der Landwirtschaft, Lösung des Ernährungsproblems, Industrialisierung (Gross- und Kleinbetriebe), Elektronikindustrie, Elektrifizierung von ganz China, Wasserbauwerke (Bekämpfung von Überschwemmungen und Trockenheiten, Infrastruk-